



Wertesjähriger Abonnementenpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfblättrigen Seite in Zeitchrift 1½ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 266. Mittag-Ausgabe.

Fünfundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 10. Juni 1864.

## Telegraphische Depesche.

Paris, 9. Juni. La Pommerais ist mittelst der Guillotine hingerichtet worden.

## In Sachen Schleswig-Holsteins.

Kiel, 7. Juni. [Die dänischen Reichsrathswahlen.] Die „Nordd. A.“ schreibt: In dänischen Zeitungen hat gestanden, daß die nordfriesischen Inseln sich an den sogenannten Reichsrathswahlen, die auf der Insel Föhr abgehalten wurden, beteiligt hätten. Wir sind im Stande, mit der größten Bestimmtheit zu erklären, daß von der Insel Sylt sich auch nicht ein einziger Einwohner beteiligt hat, und glauben, so weit eingezogene Erkundigungen reichen, daßselbe für Föhr sagen zu können. Nur der fanatische Herr Pastor Meier von Sylt war, als zum Wahl-Collegium gehorend, zur Leitung derselben nach Föhr gegangen. — Heute rückten bereits wieder preußische Bataillone hier ein, um die Stellung im Sundewitt wieder einzunehmen.

Hamburg, 8. Juni. [Wahlen in Apenrade. — Wiederanstellung abgesetzter Beamten in Schleswig. — Herzog Friedrich. — Der Kieler Universitätbau.] Auch in Apenrade haben dieser Tage die Wahlen neuer Stadt-Deputirten stattgefunden und Angesichts der drohenden Theilungsfrage ist es von doppelter Wichtigkeit, daß dieselben durchaus auf Deutsche gefallen sind, ja von dänisch-gesinnten Candidaten überhaupt nicht dabei die Stelle gewesen ist. In der städtischen Autorität ist demnach ein grundlicher Wandel geschaffen, dagegen wirkt der Amtmann Helsen ungestört fort zur Freude der Kopenhagener Blätter, welche ihn als die Stütze des Dänenthums preisen und zum Ausharren ermutigen. Mit ihm wirken zugleich seine Werkzeuge, Bauernvölge, Schullehrer u. fort. — Erfreulich ist dagegen, daß, wie die „Hamb. Nach.“ bemerken, bei den zahlreichen Ernennungen, welche in jüngster Zeit im Schleswigischen durch die Civilcommissare erfolgt sind, die abgesetzten Beamten von 1850 besonders berücksichtigt wurden. In diesen 14 Jahren sind freilich sehr viele Veränderungen mit jenen Hunderten vorgegangen, welche damals Amt und Vaterland haben verlassen müssen; manche sind gestorben, viele alt und frank geworden. Andere haben im westlichen Vaterland einen Wirkungskreis gefunden, den sie jetzt nicht wieder aufgeben wollen. Eine große Zahl aber hat des Tages der Rückkehr sehnlichst geharrt und ist so gleich bereit gewesen, in ihre alten Stellungen zurückzukehren. Unter den am 28. Mai ernannten zwei Predigern war der zum Hauptpastor in Broacker ernannte Pastor A. Hansen früher in Bau und hat während der letzten 14 Jahre Schleswig nicht verlassen. Pastor Desler ist für Quern in Angeln wieder ernannt, wo er bereits vor 1850 amtiert hat, während er seit 9 Jahren Prediger in der Gemeinde Sarau in Holstein war. Ebenso kommt der 64jährige Pastor Simonsen wieder nach Husby, wo er von 1836—1850 im Amt war. Unter den Ernannten befinden sich ferner die beiden einzigen Eidesverweigerer unter den Geistlichen des Herzogthums, die Pastoren Hoek aus Oldesworth und Frensen von Sylt, welche beide im Dezember von den Dänen entlassen worden sind. Ferner erwähnen wir noch den Pastor Johnsen, der an der Laurentiuskirche auf Föhr angestellt war. Dieses Kirchspiel gehört zum westlichen Föhr, ein Landesträger, dessen Abtrennung von Südländ und Vereinigung mit Schleswig sehr wünschenswert ist. — Herzog Friedrich ist heute Nachmittag in Kiel wieder eingetroffen, dessen Bewohner seine Rückkehr mit Jubel begrüßt haben. Am Bahnhofe wurde er von einem Musikkorps, einem großen Theile der Bürgerschaft und vielen Damen unter zahlreichen Hochs empfangen. Die Stadt hatte feierlich festgelegt. — Der geschäftsführende Ausschuß für den Universitätsbau wird in den nächsten Tagen einen Bericht veröffentlichen, welcher diese Angelegenheit ausführlich beleuchten und u. A. die Beschuldigung zurückweisen soll, daß das Comite die gotischen Pläne prinzipiell ausgeschlossen hätte; vielmehr sollen zwei gotische Pläne mit auf die engere Wahl gebracht sein.

\* \* \* Kopenhagen, 7. Juni. [Eiderdänische Wuth. — „Dagbladet“ gegen die preußischen Militär-Autoritäten in Südländ. — Die allgemeine Wahl zum dänischen Reichstag. — Zur vorgestrigen Grundgesetzeier. — Die Einberufung des Reichsraths noch nicht erfolgt.] Im eiderdänischen Lager herrscht große Erbitterung über das „bereitwillige“ Entgegenkommen der dänischen Conferenzbevollmächtigten dem englischen Theilungsprojekt gegenüber. Namenslich „Dagbladet“ tadelte den vermeintlichen ersten Schritt der dänischen Regierung zu der Aufopferung des dänischen Herzogthums Schleswig. Gleichzeitig eifert dasselbe gegen die preußischen Militär-Autoritäten in der Provinz Südländ, weil diese die Dauer der Waffenruhe nicht mit 1 Monate, sondern mit 4 Wochen in Anspruch bringen und in Folge dessen die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten statt am 12., schon am 9. d. eintreten lassen wollen. „Dagbladet“ verlangt nun im Bestätigungsfall die sofortige Wiederaufnahme der Blokade. — Die Volksabstimmungswahlen zum dänischen Reichstage haben heute im ganzen Königreiche stattgefunden, jedoch ist bis jetzt nur aus der Hauptstadt und nächster Umgebung das Ergebniß bekannt. In der Dorfschaft Frederiksberg wurde Cr. Ministerpräsident Hall gewählt, und hier in der Hauptstadt gingen die Herren Justizminister Gasse, Finanzdirektor Fenger, Redakteur Niemestad, Capitainlieutenant Turen, Professor Steen, Redakteur Bille, Bürgermeister Larsen, Professor Ussing und Gerichtsassessor Niemestad, sämtlich Eiderdänen, aus der Wahlurne hervor. — In einer bei der vorgestrigen Grundgesetzeier gehaltenen Rede meinte der Redakteur Niemestad unter Anderm.: „Es muß gekämpft werden bis zum Aeußersten, und wenn auch die englische Regierung das dänische Volk bis jetzt im Stich gelassen, so sei man trotzdem nicht berechtigt zur Verzweiflung, sondern müsse sich durch ungeschwächten Mut den Tag des Sieges (!) erkaufen, zu dem dänisches Recht (!) sicherlich führen müsse. Professor Hemmerich äußerte bei derselben Gelegenheit u. A.: „Demuthigend sei es allerdings für Dänemark gewesen, das stammverwandte schwedisch-norwegische Volk als Zuschauer dastehen zu sehen, indem die eifersüchtigen beiden deutschen Großmächte sich zusammengefunden. Allein diese beklagenswerthe passible Haltung falle dem Grafen Manderström und der Mehrzahl des norwegischen Storchings (Reichstags) zur Last, die leider für die Beobachtung der Neutralität gewesen. Die beiden Nachbarvölker der Schweden und Norweger hätten dahingegen für die „heilige Sache des Nordens“ empfunden, wie dies durch die zahlreichen schwedischen Freiwilligen und durch den brüderlichen Empfang constatirt worden, welcher den nach der norwegischen Stadt Christiansand gelangten, „aus dem helgolander Seetreffen siegreich (!) hervorgegangenen dänischen Kriegs-

schiffen“ daselbst zu Theil geworden. In der Gemeinsamkeit der Sprache, der Cultur und des Volks- und Staatslebens liege die sichere Bürgschaft für eine segensreiche Zukunft des standinavischen Nordens?“ Herr Carl Ploug äußerte auf der Rednertribüne die Hoffnung, daß unter der gegenwärtigen Regierung die Verschmelzung des dänischen Grundgesetzes mit der dänisch-schleswigschen November-Versetzung gelingen möchte! — Einer Deputation aus der Sorb, welche gestern bei dem Ministerpräsidenten, Bischof Monrad, zur Audienz erschien, um für die baldige Berufung des dänisch-schleswigschen Reichsraths zu wirken, erklärte Herr Monrad, daß dem vorgetragenen Wunsche Rechnung getragen werden würde, sobald die obwaltenden Hindernisse beseitigt werden. Die fröhliche Meldung des standinavischen „Fädrelandet“ in Betreff des Beginnes der Reichsratsession schon am 14. d. M. wird also zu berüchten sein, zumal bis heute kein Einberufungspatent für die Reichsräthe vorliegt.

## Preußen.

Berlin, 9. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allerdigst geruht, dem Kreisgerichtsrath Franz Ludwig Surmann zu Essen den rohen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem kgl. württembergischen Kammerherrn und Legations-Secretär Grafen v. Uxküll-Gyllenband den kgl. Kronenorden dritter, sowie dem Hofbischer Premier-Leutnant Maßke zu Willenberg, im Kreise Stuhm, und dem Schriftsteller Friedrick Wilhelm Adami zu Berlin den königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen.

[Beläutung.] Zu Frankenstein im Regierungsbezirk Breslau wird am 10. d. M. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden. Berlin, den 8. Juni 1864. Königliche Telegraphen-Direktion. Chauvin.

Berlin, 9. Juni. [Die in der Conferenz zu London vom 6ten d. M. vorgeschlagene Verlängerung der Waffenruhe] auf 14 Tage, also bis zum 26. Juni, ist von preußischer Seite angenommen worden und wird voraussichtlich heut auf der Conferenz sancionirt, so daß die Feindseligkeiten vor dem 26. d. M. nicht wieder beginnen werden. Am 26. Juni d. J. steht mutmaßlich die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten bevor. (St.-Anz.)

[Über die Einberufung des Landtags] schreibt die „Provinzial-Correspondenz“:

„Die Einberufung des Landtags wird seit Kurzem von einzelnen Zeitungen immer wieder in nahe Aussicht gestellt; bald soll dieselbe unmittelbar bevorstehen, bald wieder für den Monat Juli oder für den Herbst beschlossen sein. Als Grund wird angegeben, daß die Geldmittel der Regierung zu Ende seien oder bald zu Ende geben werden und daß sie deshalb der Hilfe des Landtags bedürftig sei.

Alle diese Behauptungen und Vermuthungen sind jedoch völlig grundlos, und soweit die Abichten der Regierung zu erkennen sind, ist stets Erste, und wenn nicht etwa ganz unerwartete Ereignisse eintreten, an eine Berufung des Landtags nicht zu denken.

Nachdem das Abgeordnetenhaus die Bewilligung einer Unleihe für die schleswig-holsteinische Angelegenheit abgelehnt hatte, mußte die Regierung verfahren, wie es der Herr Ministerpräsident v. Bismarck mit den Worten angelängt hatte: „Wir werden die Mittel zur Kriegsführung nehmen, wo wir sie finden.“ Die Regierung hat es sicherlich bedauert, daß sie die unvermeidlichen und klar vorhersehbaren Ausgaben nicht, wie es in der Ordnung wäre, auf Grund bestimmter Bewilligungen leisten konnte; aber es war eben nicht ihre Schuld, daß dies nicht möglich war, eben so wenig wie es seit zwei Jahren in ihrer Macht lag, das ordnungsmäßige Zustandekommen eines Staatshaushaltes ihrerseits zu sichern.

Indem daher die Regierung in die Notwendigkeit versetzt war, die Kosten der Kriegsführung aus den vorhandenen Mitteln zu decken, konnte es ihr gewiß auch dem Lande nur zur hohen Genugthuung gereichen, daß die Finanzberhältnisse Preußens der Art sind, um Verlegenheiten zunächst auch für einen solchen Fall nicht entstehen zu lassen.

Wie es der Regierung bisher möglich war, die unvermeidlichen Ausgaben zu sichern, so dürfte auch für die weiteren Bedürfnisse, insoweit dieselben sich auf Grund der bisherigen Entwicklung der Dinge beurtheilen lassen, ein Anlaß zu einer mehr oder minder baldigen außerordentlichen Einberufung des Landtags nicht vorliegen.

Nur in dem Falle, daß unerwarteter Weise die Wahrscheinlichkeit einer neuen und höheren politischen Verwickelung, und demzufolge einer weiteren Ausdehnung der Kriegsführung eintrate, würde vermutlich die Einberufung des Landtages in nähere Erwögung zu ziehen sein.“ (Der Schluss ist be-reits telegraphisch gemeldet.)

[Zum Waffenstillstande] schreibt die „Nordd. A. Z.“: „Unsere geistige Nachricht, daß die deutschen Grobmächte den Bemühungen der neutralen Mächte die Concession des vierzehntägigen Waffenstillstandes gemacht, wird heute von anderer Seite bestätigt. Außerdem glauben wir diese Nachricht dahin ergänzen zu dürfen, daß dies die letzte Concession sein werde, die Preußen zu Gunsten des Friedens machen wird. Sollten in der vierzehntägigen Frist, welche für die Verhandlungen offen ist, keine Modalitäten zu einer Ausgleichung gefunden werden, so wird Preußen, welches so viele Proben seines Wunsches nach einem friedlichen Austrag dieser Frage zu erkennen gegeben hat, um so energischer das Schwert zu gebrauchen wissen, welches man ihm aufs Neue in die Hand zwingt.“

[Zu der Duell-Angelegenheit der Grafen Schmising-Kerssenbrod] macht die „Nordd. A. Z.“ folgende ziemlich frivole Bemerkungen: „Bündigt wissen wir nicht, weshalb mir so großer Ostentation von den Lehren der katholischen Kirche die Rede ist, da, soweit uns bekannt, das fünfte Gebot, die Quelle aller Duellverbote, allen Christen ein gemeinsames ist. Ebensoviel aber finden wir eine genügende Erklärung dafür, weshalb die drei Grafen sich unter allen Verständen gerade den einzigen, in welchem das Duell zwar nicht erlaubt, aber doch unter gewissen Voraussetzungen als eine Standespflicht geregelt ist, ausgemahlt und abgewertet haben, bis die Differenz zwischen ihrer religiösen Anschauung und den Pflichten ihres Standes ihnen von außen her deutlich gemacht wurde.“

In allen übrigen Ständen sind mit Duellverweigerungen bürgerliche Nachtheile nicht verbunden, und das Strafgesetzbuch verträgt sogar jede Anmuthung in dieser Beziehung.

Als eine gar seltsame Auffassung des Offizierstandes erscheint es uns fern, wenn von einem der Herren an seinen Vorgesetzten das Verlangen gestellt wurde, nach Schleswig zur mobilen Armee kommandiert zu werden, um zu beweisen, daß es ihm nicht an persönlichem Muthe mangelt. — Unsere Ansicht nach ist der persönliche Muthe eine so nothwendige und daher eigentlich so untergeordnete Eigenschaft des Soldatenstandes überhaupt, daß kein Soldat nötig hat, denselben erst zu beweisen. Von dem Offizier werden ganz andere und wichtige Eigenschaften verlangt, als der persönliche Muthe. Ein Offizier, der um seines persönlichen Muthe willen die ihm anvertraute Mannschaft schlecht führt, gehörte vor ein Kriegsgericht, er kann — gerade um seines persönlichen Muthe willen — fassirt werden, und es würde eine ehrfürchtige Art der Kriegsführung werden, wenn man Offiziere zu der aktiven Armee schicken wollte, um ihren persönlichen Muthe zu beweisen; — abgelehnt von der seltsamen Frage, die sich aber so natürlich anstrengt, was denn geschehen soll, wenn ein Offizier seinen persönlichen Muthe zu beweisen für nötig erachtet und es keinen Krieg giebt?“

[Der Eider-Canal.] Aus guter Quelle hört die „Kreuzatg.“, daß sowohl Frankreich wie Russland sich für das Zustandekommen des Canals lebhaft interessieren.

[Niemann.] In Folge des außerordentlichen Andranges zu der Vorstellung der Oper „Der Prophet“ hat die königliche General-In-

tendantur Herrn Niemann ersucht, noch einmal, und zwar am Freitag den 10. Juni, in dieser Oper aufzutreten. Der Künstler ist mit freundlicher Bereitwilligkeit hierauf eingegangen, obgleich er schon Sonntags, den 12. d. M., in Breslau seinen ferneren contractlichen Verpflichtungen nachkommen muß.

[Zur Regulirung der Angelegenheit des Kaufmanns J. Bertheim in Stettin] hat sich ein Comite gebildet, welches, wie die „B.-u. H.-Z.“ vernimmt, schon in den nächsten Tagen mit Propositionen wird vorgehen können.

[Berichtigung.] Der „Publizist“ widerruft heute seine gestrige Mittheilung, daß die aus dem Gregy'schen Mordprozesse bekannte Marie Fischer in der Charité verstorben sei; dieselbe sei noch am Leben und in der Besserung begriffen. In der Charité hat sie sich, seit sie verhaftet worden, noch gar nicht befinden.

Bahn, 8. Juni. [Kirchliche Zustände.] Unsere Stadt liegt, wie ich Ihnen neulich schon schrieb, immer noch unter dem Bann. Eine Communionfeier, welche sonst durchschnittlich alle 26 Tage stattfindet, ist nun mehr seit 51 Tagen nicht gehalten worden, und ist auch gar nicht Hoffnung vorhanden, daß sie in Nähe stattfinden wird. Auch die für den kommenden Sonntag angekündigte ist, wie wir vernehmen, durch die Kirchenbehörde abbestellt worden. Man ist nun sehr gespannt, ob dieses Verbot sich auch auf die Abhaltung der lutherischen Sonder-Communion erstrecken wird, welches der Superintendent Petrich für einen der kommenden Sonntage angekündigt hat, oder ob die kleine Sekte, welche sich einer besonderen Protection zu erfreuen scheint, außerhalb solcher Anordnungen der Kirchenbehörden steht und den ungehinderten Zugang zu dem Altare der evangelischen Gemeinde hat, während diese selbst von ihrem eigenen Altare fern gehalten wird. Während bis jetzt noch nichts zur Hebung der dringenden Nothstände der Gemeinde geschehen ist, steigert sich die Erbitterung zwischen den kirchlichen Parteien und werden den Nothstände immer mehr. Auch in den letzten Kirchenräths-Conferenzen folgen, dem Vernehmen nach, lebhafte Debatten wegen der Erwahlung eines Kirchen-Vertreters geführt worden sein; indes hat die unita Partei zwei ihrer Candidaten durchgebracht und wird die Wahl durch die Gemeinde bei der hier herrschenden Stimmung wohl nicht zweifelhaft sein. (O. Z.)

Aus dem Kreise Johannisburg. [Verhaftung polnischer Arbeiter. — Zustände im Kreise.] In unserem Kreise halten sich seit längerer Zeit etwa 30 dem Arbeitervante geborgte Polen auf; sie waren bei der Ortspolizei angemeldet, und ist ihnen der Aufenthalt mit Genehmigung des Regierungspräsidenten Maurach gestattet, nachdem mehrere Gutsbesitzer Gütsbezeugungen für diese Arbeiter gegeben hatten. Jeder der selben erhält eine vom heisigen Landratsamt ausgestellte Legitimationskarte. Dennoch ist im Anfang des vorigen Monats die Mehrzahl dieser Polen ohne Rücksicht auf die ihnen ertheilten Legitimationskarten durch das Militärcormando in Biala verhaftet und unter Arresten des dortigen Bürgermeisters an die Russen ausgeliefert worden. — Die jenseitige russische Behörde war vorher davon in Kenntniß gesetzt und hatte sich in Folge dessen ein starkes russisches Truppen-Detachement zur Empfangnahme dieser Unglücksfälle aufgestellt. — Inzwischen hatten mehrere Gutsbesitzer und Kaufleute des Kreises an den Minister des Innern dieserhalb telegraphiert mit der Bitte um Siftrung der Auslieferung. Der Herr Minister ging auch auf das Gesuch ein und erließ den Befehl, die Auslieferung zu sistiren. — Leider aber kam dieser Befehl zu spät, die Mehrzahl der armen Leute war bereits den Russen und damit dem Tode oder der Verbannung nach Sibirien überliefern. — Vor einiger Zeit war der Regierungsrat Meier eine Zeitlang in unserem Kreise mit dem Auftrage, an Ort und Stelle mehrere von russischer Seite gegen hier sich aufhaltende Polen eingegangene Denunciations zu untersuchen. — Wahrscheinlich in Folge dieser Unterforschung hatte Herr Meier die Auslieferung eines hier sich aufhaltenden, den gebildeten Ständen angehörenden Polen angeordnet, und zwar, wie man hier behauptet, gegen den Willen unseres Landrates. Dieser fragte deshalb bei dem Regierungspräsidenten Maurach an, der auch sofort telegraphisch hierher befahl, daß die Auslieferung nicht erfolgen solle. Leider kam auch dieses das Telegramm zu spät, der Pole war bereits ausgeliefert — und ist allem Vermuthen nach sofort gelangt. — Die Zustände in unserm Kreise sind augenblicklich der Art, daß eine große Anzahl von Einwohnern desselben sich an den Minister des Innern mit einer Petition um Abhilfe und Schutz gegen die militärische Grenzbefestigung sowohl als mehr noch der auf preußischem Gebiete weilenden russischen Militär-Personen gewandt hat.

(Pr. L. Z.)

## Deutschland.

Dresden, 9. Juni. [Das deutsche Recht und etwaige Compensationen.] Das „Dr. Z.“ sagt in einem ausführlichen Artikel über die Angelegenheit der Herzogthümer, es müsse für die Erreichung einer deutschen Erfolge in Schleswig-Holstein, für die Herstellung eines selbständigen deutschen Staates und für die Befreiung deutscher Bevölkerungen der Kampf stets aufgenommen werden. Es sei dagegen politisch klug, bei Erreichung so großer Vorteile und bei der Anerkennung durch die europäischen Mächte deren Vermittelung nicht zurückweisen und über eine Compensation gegen Lauenburg, sowie über Ziehung einer die deutschen Interessen möglichst wahren Grenzlinie in Schleswig in Verhandlungen einzutreten. Der Schluss des Artikels, dessen Verfasser, wie es scheint, Herr v. Beust selbst ist, lautet:

„Wenn den Verhandlungen in London, wie es von deutscher Seite geschieht, die Richtung gegeben wird, das Recht Schleswig-Holsteins auf Trennung von Dänemark und auf den legitimen Fürsten zur Anerkennung zu bringen, so scheint Allem genügt zu sein, was die deutsche Ehre, was deutsches Recht verlangt. Es kann davon nicht die Rede sein, daß Dänemark an Deutschland, an den Herzog von Schleswig-Holstein etwas abtritt, um sich mit ihm abzuheben. Das deutsche Recht wird einfach dadurch in Gelung gebracht, daß Dänemarks Tractatsansprüche auf die Herzogthümer abgewiesen werden und das Recht Schleswig-Holsteins zur Basis genommen wird. Wir sind sicher, daß der Bundesbevollmächtigte in dieser Beziehung deutlich und deutsch genug sich erläutert haben wird. Bei dieser Sache aber ist die Frage, ob Deutschland aus Rücksicht auf den Weltfrieden und das allgemeine Wohl etwas von dem Erlangten abtreten, damit Compensationen einleiten soll oder nicht, eine rein politische. Man wird die Vorteile des Gedachten mit Dem, was zu concediren ist, sorgsam vergleichen, politische, finanzielle, militärische und Verkehrsinteressen zu wahren suchen. Man kann für die in solchen Verhandlungen festzustellenden Grenzlinien die formelle Legalisierung durch das Votum der Bevölkerung jenseits der Linie und den Herzog Friedrich in Aussicht nehmen; man kann den dagegen stimmenden volle Auswanderungsfreiheit ausmachen. Viele solcher Punkte werden sich zu Verhandlungen darbieten. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, verschiedene Vorschläge und Lösungen discutiren und es ist dem deutschen Nationalgefühl nicht zu verdenken, wenn es dabei für das deutsche Interesse lebhaft Partei nimmt. Wir haben es sehr begreiflich gefunden, wenn die deutschen Kammern, wenn die Preisse und Volksversammlungen es den deutschen Repräsentanten in London dringend ans Herz legten, in den deshalbigen Verhandlungen das Mögliche zu erreichen. Die Energie, mit welcher sich die Volksstimme bisher öfter vernehmen ließ, hat ihren vollen Anteil an der Herbeiführung einer glücklichen Lage der Dinge gehabt. Sie ist auch jetzt nicht ohne Wert dem Auslande gegenüber, und wohl im Stande, in den abwägenden Verhandlungen für die deutsche Seite das Gewicht zu verstärken. Hier seien wir immer noch eine große und würdige Aufgabe der

**Schleswig.**] Gestern hat hier eine vom Schleswig-Holstein-Comite einberufenen zahlreiche Bürgerversammlung nachstehende Resolutionen gefaßt, mit dem weiteren Beschlüsse, dieselben sowohl Herrn v. Beust als auch der württembergischen Staatsregierung zur Kenntnahme zu übermachen:

1) Es ist die unerlässliche Aufgabe des deutschen Bundes und der Regierungen der deutschen Staaten, nicht nur der Loslösung des Bundeslandes Holstein von der Krone Dänemark endlich die Sanction zu verleihen durch Herstellung der verfassungsmäßigen Regierung des Herzogs Friedrich VIII., sondern auch die Rechte Holsteins auf unzertrennliche Verbindung mit Schleswig zur Geltung zu bringen. 2) Es heißt Gewalt und Willkür an die Stelle des Rechts gesetzt, wenn eine Conferenz fremder Mächte dieses Recht zu ändern unternehmen will. Nur der unzweideutig durch seine Verirrung ausgesprochene Wille des schleswig-holsteinischen Volkes könnte die Befugnis zu einer vom Recht abweichenden Lösung erheben. Möge dem Volke endlich, den Anfeindungen seines Rechtes gegenüber, die Gelegenheit gegeben werden, sich auszusprechen. 3) Jede Theilung Schleswigs widerspricht dem Recht eben so, als dem Interesse Deutschlands und der Herzogtümer. Der Vorschlag, Dänemark das Dannerwerk und die Säule zur Grenze zu geben, ist ein schmälerer Hohn auf die deutsche Waffenebre. Eine Berreichung Schleswigs nach dieser oder der berüchtigten Demarkationslinie vom 10. Juli 1849 wäre, indem sie die trefflichen deutschen Bezirke, deren Leiden gerade der erste Anlaß der heutigen nationalen Bewegung gewesen, dem dänischen Druck ahermaß schußlos überließ, ein Faustschlag in's Angesicht der deutschen Nation. Es widerspricht aber überhaupt jede Ausscheidung auch nur einzelner Theile Schleswigs dem uralten Rechte der Herzogtümer, auf ewig ungeteilt zu bleiben. Sie beeinträchtigt Schleswig-Holstein in dem unentbehrlichen Rechte seiner Vertheidigungsmittel, greift in das Wesen der seit Jahrhunderten eingelebten gemeinsamen Verhältnisse, und könnte niemals zu einem bleibenden Frieden führen. Sie kann eben so wenig Gegenstand einer lokalen Abstimmung nach Bejirken, als eines Beschlusses der londoner Conferenz sein, welche hiermit nur denselben Alt der Willkür ausüben würde, wie es mit dem Londoner Protokoll geschehen ist. 4) Auf Versuche des Eingriffs in die eigensten Angelegenheiten einer großen Nation wie sie in den Annexionen Englands in Betreff deutscher Bundesfestungen und Bundeshäfen zu Tage treten, ist eine kurz angebundene Abfertigung die einzige gebührende Antwort. Jeder der deutschen Nation unwürdigen Bedingung des Friedens ist die Fortsetzung des Krieges mit der Waffenmacht des gesammten Deutschlands unbedingt vorzuziehen.

### Schweiz.

**Bern.**, 6. Juni. [Humbert.] — Der Nuntius. — Aus Baselland.] Vorgestern ist Herr Aimé Humbert von seiner österrätschen Mission nach Bern zurückgekehrt. — Im Laufe dieser Woche wird der päpstliche Nuntius bei der Eidgenossenschaft nach Bern kommen, um wo möglich die vollständige Vereinigung des Kantons Bern mit dem Bisthum Solothurn ins Reine zu bringen. Der berner Regierungsrath Migg ist vom Bundesrat beauftragt worden, im Namen des Bundes den Verhandlungen beizuhören. Bern hat seine Vertreter noch nicht ernannt. — Bundesrat Schenk hat Antwort der Regierung von Baselland auf den Protest der Opposition gegen die Volksabstimmung von Liestal mitgebracht. Schon heute wird derselbe von der eidgenössischen Behörde in Beratung gezogen werden. Soviel ich erfahren konnte, wird sich der Bundesrat in der Angelegenheit, wenn möglich, neutral verhalten. Der Bericht des Bundesrats Schenk über die letzten Vorgänge in jenem Kanton hat sich wenigstens in diesem Sinne ausgesprochen. Jedenfalls ist dies das Beste, was der Bundesrat in dieser Angelegenheit thun kann, da Fehler auf beiden Seiten vorgekommen sind und somit der einen oder der andern Partei leicht zu viel gethan werden könnte. Uebrigens hat sich in dem Kanton Baselland bereits eine unabhängige Partei gebildet, welche die Ausgleichung des Conflicts in die Hand nehmen will.

### Frankreich.

**Paris.**, 7. Juni. [Aufregung.] — Kirchliches Fest in Marseille.] Nachdem man sich einigermaßen von dem Jubel über den Niedergang Englands auf seinem eigenen Felde, dem „Turf“, erfreut hat, wendet die öffentliche Neugierde ihr gieriges Auge wieder dem Gefängniß La Roquette und dem dort inhaftierten Giftmörder La Pommerais zu. Es haben sich heute Morgen dort abschauliche Scenen zugetragen; man glaubte nämlich, der Giftmörder werde heute hingerichtet werden, und so hatte sich denn dort der ekle Vortrab der Neugier, die Loretten mit ihren Beschützern, massenhaft eingestellt und war in hellen Kampf mit den Vorständern gerathen, welche sich sehr aufgereggt zeigten, weil sie fürchten, der Giftmörder werde begnadigt werden seines Reichthums wegen. Viele der Frauenzimmer wurden auf eine grausame Weise zerprügelt, und die Polizei hatte große Mühe, die Ordnung wieder herzustellen. Vielleicht hat die in den letzten Tagen mehrfach zu Tage getretene Aufregung der Volksmassen die Polizei bewogen, die Aufsicht des Justizhofs Godard in dem Ballon „l'Aigle“ zu untersagen. — Nach Berichten aus Marseille wurde dort das Fest von Notre Dame de la Garde, der Schutzheiligen der Stadt, dieses Jahr mit einem Pomp gefeiert, welcher an die römischen Kirchenfeste erinnert.

[Aus Algier] lauten die Privatnachrichten in letzter Zeit den Waffenerfolgen der französischen Armee etwas günstiger; in Tunis indess scheint die Lage immer verwirchter zu werden. Ein Adjutant des Admirals Bouet-Willaumez lange von Tunis mit wichtigen Depeschen in persönlicher Mission für den Kaiser hier an und ging augenblicklich nach Fontainebleau weiter. — Der „Courrier de l'Algérie“ hat, wie bereits gemeldet, ein Communiqué erhalten; es ist dasselbe in die Form eines Schreibens gefaßt, welches der interistische General-Gouverneur der Colonia, General Martimpré, an den General-Director der Civil-Berwaltung gerichtet hat. Das betreffende Blatt wird in barscher Weise angefahren, weil es sich erlaubt habe, eine anstößige Bemerkung zu der von ihm gemeldeten Nachricht zu machen, Marschall Randon werde General-Gouverneur von Algerien werden. Gleichzeitig findet General Martimpré, der bekanntlich selber einer der Candidaten für die durch den Tod des Herzogs von Malakow erledigte Stellung ist, Gelegenheit, seine eigenen dreißigjährigen Verdienste um die Kolonie und seine provisorische Thätigkeit, namentlich der kolonialen Presse gegenüber, nachdrücklich und selbstbewußt zu betonen. — Die Besetzung des Herzogs von Malakow wird nach dem „Moniteur“ am 9. Juni Mittags in der Kirche der Invaliden stattfinden.

**Breslau.**, 10. Juni. [Diebstahl.] Gestohlen wurde: Karlsstraße Nr. 1 ein schwärzender Damen-Paleotot. Angekommen: Osberger, Eisenbahn-Direktor, und Frau aus Warschau. v. Walther-Cronek, Oberstleutnant a. D., aus Kappeln. v. Förster, Major a. D., aus Ober-Meitau. (Pol. Bl.)

**Goldberg.**, 7. Juni. [Feuer.] Wiederum hat ein durchbares Brandunglück unseres Orts heimgesucht. Heute Nachmittag 6 Uhr erhöht das Feuer-Signal, auf der Radegasse brennt es, und im Augenblick steht bei dem ziemlich starken Ostwind die ganze Seite bis zur lateinischen Schule in Flammen. Die Stadt ist wegen Reparaturen an den Gewerben am Mühlgraben ohne Wasser, und bei der Trockenheit ist dem Feuer kein Damm zu setzen. Die ganze Radegasse zusammen 34 Häuser ohne die hintergebliebenen Gebäude, sind in Asche gelegt. Leider ist auch ein Mensch um sein Leben gekommen, und sechs Personen, darunter ein Mitglied der Feuerwehr, sind nicht unerheblich verletzt. Das Feuer ist in dem Hause des Fabrikmanns Geißler auf der Radegasse herausgekommen und scheint durch Fabrikflüchtigkeit entstanden zu sein. Gott sei Dank, daß der Wind sich nicht von Osten nach Westen wirtzt, sonst ist auch noch die ganze Niederstadt ein Raub der Flammen. Meine Wohnung ist ausgeräumt, und ich muß Papier und Bleistifte von einem Freunde leihen, um Ihnen diese Schredensbotschaft noch mitteilen zu können. (Niederschl. 3.)

**Möllnitz.**, 6. Juni. [Gewitter.] Bei dem schweren Gewitter, welches heute über unsere Gegend hinzog, hat ein Blitzstrahl die Frau des auf dem Möllnitzer Gut dienenden Großknechte getötet. Dieselbe befand sich mit drei anderen Arbeiterinnen auf dem Heimweg von einem in der Richtung nach Hünen gelegenen Felde und war, nach der ihr entfallenen Hölle sich bilden, um einige Schritte hinter ihren Begleiterinnen zurückgeblieben, als der elektrische Feuerstrahl sie traf; ihre Strohhaube soll sich völlig verbrannt vorgefunden haben. Ein in der Nähe mit Ecken fahrender Pferdezug wurde gleichfalls getroffen, soll jedoch nur an der einen Seite verletzt und an derselben ihm der Steifelschädel aufgerissen sein. — Ein zweiter Blitzstrahl traf einen Brunnenstock dicht hinter dem Maiwald'schen Kreisbach, in nächster Nähe des Pfarrhofes. (Oder-Blatt.)

**Schöntheim bei Neumarkt.**, 7. Juni. [Conferenz.] — Stand der Feldfrüchte.] Die Frühjahrskonferenz der Landwirthe der Provinz Neumarkt wurde gestern unter Voritz des Lic. Herrn Pastor Sandrock hier abgehalten. Die Lehrer Dertel von hier, Scholz aus Kaditz, Grosser aus Kamendorf hielten je eine Lehrprobe mit den Schülern ab. Die hierauf folgenden Berathungen betraten das Thema der diesjährigen Hauptlehrer-Conferenzen, wobei eine Reihe von Thesen aufgestellt und beschlossen wurde, und die Erklärung über die in Aussicht genommene Erhöhung der Beiträge zum Pensionsfonds der Lehrer; die Anwesenden stimmten dagegen. — Der Roggen tritt hier in die Blüthe, der Weizen hat sich bedeutend geträgigt, Gerste und Hafer rüden tüchtig nach. Das Weizenblatt wächst kräftig, aber fast überall mangelt es an Klee. Der Raps bat abgeblüht und ziemlich viel Taschen angezeigt; die aufgegangenen Kartoffeln stehen sehr schön.

**Wüstegiersdorf.**, 7. Juni. [Blitzschlag.] Am vergangenen Donnerstag tödete in dem nahe gelegenen böhmischen Dorfe Wiese der Blitz einen Mann auf dem Felde, welcher sich vor dem Gewitterregen unter einen Baum geflüchtet hatte, nachdem er seinen in der Nähe befindlichen beiden Kindern einen Zufluchtsort unter einem niederen Strauche angewiesen hatte. — Die Kinder blieben unverletzt. (Schweidn. Ztg.)

**Pleschen.**, 6. Juni. [Verabredung.] Vor einigen Tagen tritt bei dem Kaufmann Haase in Berckow ein Mann, anscheinend dem Arbeitender an gehörig, ein, und meldet ihm, daß ihm der Oberförster N. aus Lärce sende, und dem Kaufmann H. sagen läßt, er möchte ihn bei seiner nächsten Antwesenheit im tarcer Walde besuchen. H. teilt dem Boten mit, daß er eben im Begriffe sei, nach dem Walde zu fahren, und daß er also mitsfahren könne. Der Bot nimmt das Anerbieten an und im Walde angelangt, teilt er dem Haase mit, daß der Oberförster sich gewiß seitwärts 1000 Schritt im Walde bei den Arbeitern befinden werde; Haase befiehlt dem Kütcher zu halten, steigt mit dem Boten vom Wagen, und beide schlagen den Weg dahin ein, wo sich der Oberförster aufzuhalten soll. Nachdem beide ungefähr 500 Schritt gegangen, erbält der Kaufmann Haase von seinem Führer mit einem Stocke einen solchen Schlag auf den Kopf, daß er zu Boden sinkt. Hierauf fordert der Mann alles Geld und die Uhr mit der Kette, welches ihm Haase, um weitere Misshandlungen zu entgehen, sofort übergab. Der Mann verschwand im Walde, und nachdem sich der Beraubte etwas erholt, schleppte er sich nach seinem Wagen und fuhr nach Berckow zurück. Es hat sich herausgestellt, daß der Oberförster aus Lärce keinen Boten an Haase gesendet, und daß das Individuum jedenfalls sich nach den geschäftlichen Verhältnissen des H. erkundigt haben muss, da er auf Einzelnes ganz genau Bescheid gegeben hat. Tags darauf ist der tarcer Wald von Gendarmen und Militärs abgesucht worden, aber den Häuber hat man nicht erwischen können. (Ostd. 3.)

**Jaraczewo.**, 4. Juni. [Die Regulirung des Obrawalda.] Durch die Landesfürstlichkeit des Besitzers des biesigen Dominiums, Herrn v. Jaraczeowski, und durch Übertragung des Gutes Niedzwiede von Herrn Werner an Herrn Haase sind zwei Mitglieder aus dem Directorium, welches die Reinigung des Obrawalda leitet, geschieden, was besagten Unternehmern, von dem id. Ihnen im vorigen Jahre zu öfteren malen berichtete, keinesfalls fördernd ist, da im Directorium nur noch Herr v. Karsznicki auf Emden übrig geblieben ist, welcher unmöglich allein das Unternehmen zu Ende führen kann. Es wäre doppelt schade, wenn jetzt ein Stillstand eintrete, da einerseits alle darauf bisher verwendeten Summen unnütz vergeuden, andererseits es aber auch für die Ländereien unserer Gegend von grossem Nachtheil wäre. Die Arbeiten sind bereits bis Gora fertig, jedoch sollen auf einigen Stellen wieder Versäumnisse eingetreten sein. Würde die Angelegenheit, was unumgänglich nötig ist, eifrig erledigt werden, so könnten die Schäden leicht ausgehebelt werden, und das ganze Unternehmen würde im Laufe dieses Sommers beendigt sein. Von Gora haben sich die Arbeiten über Koszyn und Chwaszto nach Gora zu erstrecken. (Ostd. 3.)

### Metereologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. | Gas- | Luft- | Wind- | Wetter. |  
Barometer, die Temperatur, | rometer, | Temperatur, |richtung und |stärke, |

Breslau, 9. Juni 10 U. Ab. | 330,00 | +14,8 | O. 1. | Ueberwölkt.  
10. Juni 6 U. Mdg. | 329,40 | +13,2 | O. 1. | Heiter.

**Breslau.**, 10. Juni. [Wasserstand.] O.-B. 15. 3. 3. U.-B. 2. 3. 6. 3.

### Telegraphische Depeschen.

**Wien.**, 9. Juni Abends. Es heißt, Baron Poche, Stadthalter in Brünn, werde Handelsminister werden. Consul Gruner ist zur münchener Conferenz delegirt. (Wolff's T. B.)

**London.**, 9. Juni, Nachts. [Oberhaus.] Russell theilt mit: Die Conferenz beschloß heut die 14-tägige Verlängerung der Waffenruhe. Deutschland opponierte Aufgangs, willigte aber schließlich ein. (Wolff's T. B.)

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris.**, 9. Juni, Nachm. 3 Uhr. Das Geschäft am heutigen Börse stodie. Die Rente eröffnete zu 67, 07½, wodurch bis 67, 02½ und schloß unbeliebt zur Notiz. Italienische 5pro. Rente fest. Consols von Mittags 12 Uhr waren 90% gemeldet. Schluß-Course: 5pro. Rente 67, 05. Italien. 5pro. Rente 70, 40. Ital. neuerte Anl. — 5pro. Spanier 1. pro. Spanier 46. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 407, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1136, 25. Lombard. Eisenb.-Aktien 541, 25.

**London.**, 9. Juni, Nachm. 3 Uhr. Tägliche Consols 48½. Schönes Wetter. Consols 90%. 5pro. Spanier 45%. Meridianer 44%. 5pro. Russen 89. Neue Russen 87. Sardinier 84½. 5pro. Spanier 90%. 5pro. Spanier 45%. Meridianer 44%. 5pro. Russen 89. Neue Russen 87. Sardinier 84½.

Der Dampfer „Germania“ ist von Nework in Southampton eingetroffen.

**Wien.**, 9. Juni. Günstige Stimmung. 5prozentige Metall, 72, 80. 4½pro. Metalliques 64, 50. 1854er Loose 91, 50. Bank-Aktien 791, — Nordbahn 181, 70. National-Akt. 80, 50. Credit-Aktien 195, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 182, 75. London 114, 20. Hamburg 86, —. Paris 45, 30. Gold —. Böh. Westbahn 156, 75. Neue Loose 131, 60. 1860er Loose 96, 80. Lomb. Eisenbahn 248, —.

Der Dampfer „Germania“ ist von Nework in Southampton eingetroffen.

**Wien.**, 9. Juni. Günstige Stimmung. 5prozentige Metall, 72, 80. 4½pro. Metalliques 64, 50. 1854er Loose 91, 50. Bank-Aktien 791, — Nordbahn 181, 70. National-Akt. 80, 50. Credit-Aktien 195, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 182, 75. London 114, 20. Hamburg 86, —. Paris 45, 30. Gold —. Böh. Westbahn 156, 75. Neue Loose 131, 60. 1860er Loose 96, 80. Lomb. Eisenbahn 248, —.

Der Dampfer „Germania“ ist von Nework in Southampton eingetroffen.

**Wien.**, 9. Juni. Günstige Stimmung. 5prozentige Metall, 72, 80. 4½pro. Metalliques 64, 50. 1854er Loose 91, 50. Bank-Aktien 791, — Nordbahn 181, 70. National-Akt. 80, 50. Credit-Aktien 195, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 182, 75. London 114, 20. Hamburg 86, —. Paris 45, 30. Gold —. Böh. Westbahn 156, 75. Neue Loose 131, 60. 1860er Loose 96, 80. Lomb. Eisenbahn 248, —.

Der Dampfer „Germania“ ist von Nework in Southampton eingetroffen.

**Hamburg.**, 9. Juni, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fest und rubig. Schluß-Course: National-Anteile 68%. Österreich. Credit-Aktien 84%. Vereinsbank 104%. Norddeutsche Bank 107%. Rheinische 99%. Disconto 3½%.

**Hamburg.**, 9. Juni, Nachm. 2½ Uhr. Die Börse war fest und rubig.

**Hamburg.**, 9. Juni. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Roggen

Juni bis August zu 60—62 angeboten, zu 59—61 einzeln Geld. Del. Oktbr. 27%—27%. Kaffee 500 Sac. Trilladen, 600 Sac diverse umgesetzt. Zins 2000 Ctt. Sept.-Okt. 15%.

**Liverpool.**, 9. Juni. [Baumwolle.] 8,000 Ballen Umsatz. Preise fest.

Middling 28%—28%, fair. Dholerab 22, Middling fair

Dholerab 19½—19, fair. Bengale 16½, Middling fair Bengale 15, Middling Bengale 13½, fair. Scinde 15½, Middling fair Scinde 14, China 18½.

**Berlin.**, 9. Juni. Die Börse war heute in besserer Stimmung und der Handel umfangreicher als in letzter Zeit. Der wiener Frühverkehr wurde als fest bezeichnet, man telegraphirte Früh: Credit 195, 50—80, National 80, 25, 1860er Loose 96, 65, 1864er 94, 50. London 114, 25 und bewilligte denn auch hier für die österreichischen Papiere wieder bessere Preise bei etwas belebteren Umsätzen, besonders gegen Schluss der Börse. Aus Frankfurt lauteten die Notierungen: Cr. bit 201, 50, Loose 84%, Nat.-Anleihe 68, 50. Von Eisenbahnen waren die tschechischen Devisen ziemlich beachtet und im Course steigend, vor allen Oberschlesischen A. und C, Reisser und Tarnowiger, die sämlich

einer Haussfeverbewegung folgten. Größerer Verkehr entwickelte sich sodann auch in Meddeburgern, ohne daß sich der Courststand wesentlich verbesserte, auch blieben schließlich Abgeber; auf Roseler drückte die Minder-Einnahme von 12,800 Thlr. im Mai auch heute weiter. Die schweren Eisenbahnactien hielten sich recht fest bei stillen Geschaft. Von Bant- und Credit-Aktien trat kein Papier besonders hervor. Für preußische Anleihen blieb gute Frage, ohne daß sich ein lebhafter Handel darin entwickelte, die 5% Anleihe stellte sich % höher. Am Gelde markten sich die Bedürfnisse für die Wollmärkte wohl einigermaßen geltend, die Discontorate für feinstes Papier steigerte sich bis auf 4½%. Die Börse schloß für österreichische Effecten in sicherer Haltung. (Bant. u. S. B.)

### Berliner Börse vom 9. Juni 1864.

#### Fonds- und Geld-Course.

#### Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Dividende pro 1862 1863 Zt.

Aachen-Düsseldorf 3½ — 3½ 96 b. b.

Aachen-Mastricht 6 — 6 104½ b. b.

Amster.-Rottd. 6 — 6 104½ b. b.

Berg.-Markische 6½ — 6½ 114½ b. b.